

Deutschland.

Berlin, 25. November. Sr. Maj. der König und die königlichen Prinzen trafen gestern Mittags mit dem Gefolge vom Schlosse Blankenburg in Halberstadt ein, blieben dort zum Diner und sehten alsdann Nachmittags 5 Uhr mit dem Schnellzuge die Rückreise nach Berlin fort. Bei der Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe waren der Gouverneur Graf Walbörfer, der Stadtkommandant v. Alvensleben und der Polizeipräsident v. Bernuth zum Empfange anwesend. Sr. Majestät hat, wie uns mitgeteilt wird, bei der Abreise vom Schlosse Blankenburg dort werthvolle Geschenke zurückgelassen, mit deren Vertheilung der Geh. Hofrath Vordt beauftragt war.

— Der frühere Redakteur der „Königsb. Hart. Ztg.“, Dr. v. Hasenkamp, übernimmt die Redaktion des „Frankfurter Journal.“

— Der Geheimrath v. Savigny, welcher, wie bereits gemeldet, am Freitag Nachmittags hierher zurückgekehrt ist, hatte im Laufe des gestrigen Tages Besprechungen mit dem Unterstaats-Sekretair v. Thile, dem interimistischen diplomatischen Bevollmächtigten in Dresden v. Wurmb und dem Botschaftsrath in Paris, Grafen Solms-Sonnenwalde.

— Man schreibt aus Kiel: Aus Berlin sind die Landesgroßmeister H. v. Dachsleben und der Logenmeister Dr. Bernick zur Gründung einer neuen Loge, nach dem System der großen Landes-Loge in Berlin, hier eingetroffen. Die Stiftung hat unter großer Theilnahme stattgefunden, da in den Elberzogthümern schon viele Bewohner dem Orden angehören.

— Das von dem Geheimen Regierungsrathe Professor Dr. Dove geleitete meteorologische Institut hat seit der verhältnißmäßig kurzen Zeit seines Bestehens eine hervorragende Stelle eingenommen, die meteorologischen Arbeiten haben im Laufe der Zeit auch einen so großen Umfang angenommen, daß der Leiter derselben sie nicht ferner ohne Hülfe zu bewältigen vermag, weshalb ihm ein Assistent zur Seite gegeben werden soll, zumal die Geschäfte niemals eine Unterbrechung erleiden dürfen.

— Den Ober-Auditeuren, Wirklichen Justizräthen Held und Keller im General-Auditorat ist der Charakter „Geheimer Justizrath“ verliehen.

— Die jetzt veröffentlichte Ansprache des Ausschusses des Nationalvereins, welcher am 18. d. M. hier tagte, bezeichnet es als die Hauptaufgabe des Vereins, seine volle Thätigkeit auf die bevorstehenden Wahlen zum norddeutschen Parlaamente zu richten. Die Ansprache stellt in der gewohnten Unbestimmtheit des Vereins folgendes Programm für die Wahlen auf:

„In allen Ländern des norddeutschen Bundes wird der Verein seine Kräfte aufzubieten haben, um, im Anschluß an verwandte Parteibestrebungen und deren etwa schon vorhandene Organisationen, die Wahl von Männern durchzuführen, deren nationale Gesinnung und politische Vergangenheit Bürgschaft dafür leistet, daß sie als Mitglieder des Parlaments im Dienste der National Sache ihre Schuldigkeit thun und namentlich für die Freiheitsrechte des deutschen Volkes mit Hingebung und Nachdruck eintreten werden. Die oberste Forderung der nationalen Pflicht aber geht dahin, daß von Seiten des Parlaments selbst Alles geschehe, damit der norddeutsche Bund erweitert werde zum Reiche der gesammten deutschen Nation.“

Die Bildung von Wahlausschüssen und die Aufstellung geeigneter Kandidaten darf keinen längeren Aufschub leiden, wenn das Wahlergebniß nicht dem Zufall oder der größeren Nüchrigkeit der Gegenpartei preisgegeben werden soll. In allen Wahlbezirken lasse man sich aneignen sein, mit den benachbarten Wahlausschüssen, und nach Umständen mit dem Berliner Central-Wahlausschuß für Preußen in Verbindung zu treten, um sich durch gegenseitige Verständigung und Hülfeleistung den Erfolg zu erleichtern und zu sichern. Ein jeder von uns betreibe die Wahlagitiation wie seine eigenste Angelegenheit, und das Gelingen, welches unsere Parteitthätigkeit schon bei manchem Unternehmen der Volkspolitik belohnt hat, wird auch diesmal nicht fehlen. — Ein höherer Preis, als diesmal, stand aber nie auf dem Spiele.“

— Die „N. A. Ztg.“ schreibt: Die „National-Zeitung“ verlangt in ihrem gestrigen Leitartikel, daß die Regierung in den Staatshaushalts-Etat für 1867 auch die Militär-Organisation in den neuen Landestheilen hätte aufnehmen und zur Beschlußnahme des Abgeordnetenhauses bringen sollen. Sie begründet dieses Verlangen darauf, daß die Regierung sich veranlaßt gefunden, die Aufnahme der neuen Provinzen in das Wahlsystem des preussischen Staats zum Gegenstand einer Vorlage zu machen. Zwischen beiden Angelegenheiten ist aber doch ein sehr wesentlicher Unterschied. Da die Regierung dafür Sorge zu tragen hatte, daß den neuen Landestheilen zu der bestimmten Zeit die Theilnahme an der preussischen Verfassung ermöglicht werde, so mußte sie die gesetzlichen Hindernisse, die der Ausführung dieses legislativen Altes noch entgegenstehen, aus dem Wege räumen. Ohne eine vorherige Aenderung in der preussischen Verfassung konnte die Zahl der Abgeordneten nicht vermehrt, konnten nicht neue Wahlbezirke den bisher bestehenden hinzugefügt werden. Ganz anders liegt die Sache in Bezug auf die militärische Organisation der neuen Provinzen. Eine Regierungs-Vorlage war eine zur Erfüllung der in Bezug auf die Einführung der preussischen Verfassung in diesen Landestheilen festgestellte gesetzliche Erwartung notwendige Vorbereitung. Die Militärverhältnisse der neuen Provinzen aber kann die Regierung unmöglich schon in den Bereich des preussischen Staatshaushalts-Etats hineinziehen, weil dem die gesetzliche Bestimmung entgegensteht, daß die neuen Landestheile erst im nächsten Herbst in die Theilnahme an der preussischen Verfassung und Gesetzgebung eintreten sollen. Andererseits konnte aber unmöglich bis dahin mit der Militär-Organisation in den Provinzen gewartet werden, viel-

mehr ist die sofortige Durchführung dieser Organisation allgemein, auch von der „National-Zeitung“, als dringend anerkannt worden. Der Regierung war daher in dieser Beziehung durch die Lage der Dinge der notwendige Weg vorgezeichnet, und sie hat nur den Verhältnissen entsprechend gehandelt.

— Die königl. Hauptverwaltung der Darlehnskassen macht bekannt: „So eben ist die Nachbildung eines Darlehnskassenscheines à 10 Thlr. zum Vorschein gekommen, welche mit Hülfe der Photographie auf gewöhnlichem, aber mit einer glänzenden Deckschicht versehenen Papier hergestellt und von den echten Darlehnskassenscheinen daran sofort leicht zu unterscheiden ist, daß der silbergraue guilochirte Ueberdruck auf der Schaufseite gänzlich fehlt. — Wir machen deshalb das Publikum auf die dringende Nothwendigkeit aufmerksam, im eigenen Interesse die Scheine vor der Annahme genau zu prüfen oder sich doch die Namen der Einzahler jedesmal zu merken.“

— Bekanntlich hat der vormalige hannoversche Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Platen, unter dem 3. d. M. aus Hiezing bei Wien ein Circular an die vormalig hannoverschen Konsula erlassen, worin er diese auffordert, ihre Amtsgeschäfte fortzuführen. Inzwischen sind diese Konsula bereits von der preussischen Regierung entlassen; ihre Geschäfte sind den preussischen Konsula übertragen: dies ist durch das preussische General-Gouvernement in Hannover zur Nachachtung aller Theilhaber bekannt gemacht und in den betreffenden Staaten sind alle Einleitungen getroffen, um das Exequatur der vormaligen hannoverschen Konsula einzuziehen. Bei dieser Lage der Sache ist das obengedachte Circular des Grafen Platen wirkungslos. Gleichwohl halten wir es nicht für überflüssig, noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß alle Amtshandlungen vormaliger hannoverscher Konsula ungültig sind, daß also, wenn Aeder und Schiffer sich noch jetzt an selbige wenden, sie die hieraus hervorgehenden rechtlichen Nachtheile sich selbst beizumessen haben, und daß ihre betreffenden Angelegenheiten, Schiffspapiere und Rechtsverhältnisse überhaupt nur durch die preussischen Konsula besorgt werden können.

— Der Geheime Regierungsrath v. Wolff vom Ministerium des Innern hat nun das Kommissarium angetreten, welches ihm in Betreff der neuen Provinzen zugewiesen ist. Er hat den Auftrag, mit den Chefs der Civilverwaltung dieser Landestheile die Vorbereitungen für die Verwaltungseintheilung derselben und für die Organisation der dortigen Behörden zu regeln, und wird sich zu diesem Zwecke zuerst nach Kassel, von da nach Frankfurt a. M. und Wiesbaden, und später nach Hannover begeben.

— Abgeordnetenhaus. Bericht über die Sitzung vom 24. d. Mts. (Schluß aus dem gestrigen Morgenblatte.)

Bei den Ausgaben Tit. 1. beantragt Abg. v. Rösdenbeck die Streichung mehrerer neu creirter Stellen und Uebertragung auf das Extraordinarium, weil die Mehrarbeit welche aus dem Zutritt der neu einverleibten Länder entstehe, nicht in das Ordinarium dieses Etats gehöre. — Abg. v. Vincke (Hagen): Ich kann nicht erkennen, weshalb dieser Antrag gestellt ist; es handelt sich nicht bloß um die Vertretung der neuen Landestheile, sondern um die Vertretung Preußens, nach den großen Thaten dieses Sommers ganz Europa gegenüber. Es kann keine Rede davon sein, Ausgaben, die alljährlich wiederkehren in das Extraordinarium zu verweisen. (Bevo!) Abg. E. W. E. spricht sich in gleichem Sinne aus, wenngleich er anerkennt, daß den Vertretern der neuen Landestheile Gelegenheit gegeben werden muß, über Lasten mitzubedenken, die von ihnen mitgetragen werden müssen. — Abg. Graf Bethusy-Huc: Die Einverleibung der neuen Landestheile ist kein Provisorium, sondern ein Definitivum. Wir haben uns die Brant auf dem Schlachtfelde erobert, wir wollen ihr auch ein ordentliches, dauernd bewohnbares Haus einrichten im Ordinarium und nicht im Extraordinarium. — Abg. Frhr. v. Hoyerbed: Der Herr Vorredner behandelt die neuen Provinzen, wie die alten Römer etwa die Sabinerinnen. Wir haben die Verpflichtung, den Vertretern der neuen Provinzen ihr Recht zu wahren, bei der Beratung etwaiger Ausgaben, zu welchen ihre Wähler mit herangezogen werden konnten. Dies ist hier der Fall und darum ist hier ein Provisorium geboten. — Abg. A. Mann: Ich muß mich auch gegen den Antrag des Hrn. v. Hoyerbed erklären, denn ich halte die Vertretung, wie sie von der Staatsregierung im Staatshaushalts-Etat präsetirt, für geboten auch nach der definitiven Einverleibung der neuen Provinzen und deshalb glaube ich nicht, daß wir durch die Genehmigung präjudicieren. — Abg. Dr. Virchow erklärt sich für den Antrag des Abg. v. Hoyerbed, denn den neuen Provinzen müsse die Last mit ausgeteilt werden, darum müsse man auch ihre Stimme zuvor hören. — Abg. Dr. v. Bunsen gegen den Antrag. Ein Provisorium darf hier nicht geschaffen werden, die diplomatische Vertretung ist für spätere Zeiten ebenso notwendig. Wir freuen uns, daß wir in diesem Jahre noch aus eigenen Mitteln die Kosten tragen können. Wollten wir den Antrag annehmen, so würde man im Lande glauben, das Ganze solle nur ein Provisorium sein, und dieser Meinung müssen wir entgegen treten. Nachdem noch der Abg. v. Hoyerbed seinen Antrag verteidigt und der Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen) denselben bekämpft, schreitet das Haus zur Abstimmung. Bei derselben wird die Nr. 1 des Antrages abgelehnt, und zieht in Folge dessen der Antragsteller die Theile 2-3 seines Antrages zurück. Zu Tit. 6 Gesandtschaften und Konsulate bezieht sich Theil 4 des Hoyerbed'schen Antrages.

Abg. Frhr. v. Vincke (Obernordf) spricht seine Freude aus, daß die Gehälter dieser Vertreter Preußens erhöht werden und sie dadurch in den Stand gesetzt sind, Preußen in würdiger Weise zu vertreten, was bei dem geringen bisher gezahlten Gehalt nicht möglich war. Preußen hat durch den glorreichen Krieg dieses Jahres an Ansehen in der Welt gewonnen, möge die Feder nicht verderben, was das Schwert gut gemacht hat. Abg. Frhr. v. Hoyerbed verteidigt den zweiten Theil seines Antrages 4, die Positionen sämtlich für Titel zu erklären, weil das Haus dadurch in die Lage komme, diejenigen Posten speziell zu bewilligen, welche es für erforderlich erachte, andere aber abzulehnen zu können. — Regierungskommissar Geheimer Legationsrath v. Reudell: Der Antrag ist aus Zweckmäßigkeitsrücksichten unannehmbar, ich bitte deshalb, ihn abzulehnen. — Abg. Stavenhagen: Dieser Antrag ist in den letzten Jahren regelmäßig gestellt und angenommen worden. Ich habe immer dagegen gestimmt, und werde auch jetzt dagegen stimmen, denn ich halte ihn für unnöthig, für kleinlich. Im Militär-Etat bewilligen Sie auf einen Titel 14 Millionen und hier wollen sie um ein Paar tausend Thaler geizen. — Abg. Dr. Löwe (Böckum): Bei allem Respekt vor der Wichtigkeit und der Befähigung unseres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, lege ich dennoch diesen diplomatischen Vertretern sehr wenig Werth bei. Ich glaube z. B. daß unsere Vertreter von den Intentionen der Regierung in der neueren Zeit garnicht informiert gewesen sind. (Oho! rech.) Ich halte diese Stellen überhaupt für unwesentlich, für unnöthig, und hoffe, daß sie bald aufgehoben werden. Ein einziger

deutscher Kaufmann im Auslande, wie z. B. mein Freund Friedrich Kapf in Newport, nützen Deutschland oft mehr als alle Gesandten und Konsula — Abg. v. Flotwell: Dem Herrn Vorredner möchte ich nur erwidern, daß die Schule, aus welcher unser Ministerpräsident, dessen Fähigkeiten er vorher soviel Lob gesendet, hervorgegangen, eben die Diplomatie gewesen ist. Ich bitte lehnen sie den Antrag ab. — Abg. Jung: Ich theile die legerische Ansicht Löwe's, daß diese Kosten bald aufhören werden, bin zwar für die Bewilligung der Zulagen, werde sie aber im Extraordinarium aussprechen.

Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen) spricht gegen den Antrag. Die Vertreter der Diplomatie sind von großer Wichtigkeit und eine würdige Vertretung Preußens geboten. Rechner citirt als scherzhaften Beweis für die Wichtigkeit der Diplomatie das Fürstenthum Bückeburg, bei welchem Preußen keine diplomatische Vertretung besaß, und seine bekannte Haltung in diesem Jahre. (Große Heiterkeit des Hauses. Der Minister des Innern ist in das Haus getreten.) Die Diskussion ist geschlossen; bei der Abstimmung stimmen gegen den Antrag die Konservativen, die Altliberalen, der größte Theil der nationalen Fraktion und ein kleiner Theil des Centrums; derselbe wird bei der Zahlung mit 157 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Die Positionen 1-5 des Tit. 6 werden genehmigt. Zu Position 6, Ministerresident in Darmstadt, nimmt das Wort der Abg. Dr. Walbea, um sich gegen die Bewilligung auszusprechen, da er eine diplomatische Vertretung bei den süddeutschen Partikularstaaten für unnöthig erachte. — Abg. v. Vincke (Hagen): Das Land Hessen-Darmstadt steht in einem äußerst schwierigen Verhältniß zu uns und deshalb halte ich trotz seiner geringeren Wichtigkeit es für geboten, dort einen diplomatischen Vertreter beizubehalten. Wo wir aber einen Diplomaten hinstellen, müssen wir ihn auch ausreichend besolden. — Abgeordneter v. Carlowitz spricht gegen die Bewilligung, bleibt aber unverständlich. — Abg. Dr. v. Bunsen spricht für die Bewilligung der Gehaltsverbesserung, ist aber wegen der Unruhe im Hause ebenfalls sehr schwer verständlich. Die Positionen 1-15 werden genehmigt, die bezüglichen Anträge des Abgeordneten Frhr. v. Hoyerbed abgelehnt. Zur Position Oldenburg nimmt Abg. Dr. Walbea das Wort. Es sei eine neue kreirte Stelle und neue Stellen zu schaffen sei ungebührig, man müsse berartige Stellen aufheben. Wolle man diplomatische Vertretung in Oldenburg und Mecklenburg, so könne man sie dem Vertreter in Hamburg übertragen. Abg. Gr. Schwerin spricht für die Bewilligung; gerade der Posten in Oldenburg sei von großer Wichtigkeit wegen des Jaderbusens. Der Posten sei auch nicht neu, sondern alt und nur von der früheren Vertretung in Hannover abgezweigt. — Die Position wird soeben genehmigt, ebenso die übrigen Positionen. Bei Titel 7, Konsulats-Beamte, hat Abg. Harfort den Antrag gestellt, die Staats-Regierung aufzufordern, einen Gehalts-Entwurf, betreffend die Reorganisation des Konsularwesens dem Hause baldmöglichst vorzulegen. Nachdem der Antragsteller den Antrag befürwortet hat, jedoch im Hause fast unverständlich geblieben ist, wird der Antrag angenommen. Die übrigen Positionen des Etats werden sämtlich genehmigt. — Es folgt der Etat des Finanzministeriums, welchen der Regierungskommissar Geh. Ober-Finanzrath Mölle einleitet. Nach einem allgemeinen Ueberblick über die Ausgaben, im Allgemeinen gegeben, verweist derselbe darauf, daß das Steuerwesen mehr Arbeit durch die neuen Provinzen erhalten habe, wodurch eine Vermehrung der Arbeitskräfte nothwendig geworden ist. Er bittet den Präsidenten, zunächst über Tit. 1-4 abstimmen zu lassen. Die Positionen werden genehmigt. — Zu Pos. 3 ergeht Abg. Dunder das Wort, um seinen Antrag zu befürworten, welcher von dem Finanz-Ministerium einen Ueberblick wünscht von den in den letzten 17 Jahren stattgehabten Rentenabzügen. — Regierungskommissar Mölle bittet, von einem solchen Verlangen, das ein höchst komplizirtes und wenig fruchtbringendes sei, Abstand zu nehmen. — Zu Titel 2 Position 2 beantragt Abg. Dr. Eberty die Stifter gänzlich eingehen zu lassen, wenigstens aber bei den Stiftern Naumburg und Merseburg die Staats-Unterstützung eingehen zu lassen. — Regierungskommissar Mölle: Dieser Antrag ist bereits früher im Hause gestellt worden. Ich habe damals in der Kommission die Verpflichtung des Staats hierzu nachgewiesen und die Kommission hat auf Grund derselben die Genehmigung erteilt. — Abg. Eberty: Stifter sind nur mit den Begriffen der katholischen Kirche, nicht aber mit denen der evangelischen Kirche vereinbar. Ich bitte Sie, für die Beseitigung zu wirken. — Abg. Gr. Schwerin: Der Staat ist dazu gezwungen; wir dürfen die Sache nicht bis zur gerichtlichen Protestation kommen lassen, sonst werden wir es abermals wie bei der Ritterakademie in Brandenburg erleben, daß der Staat zur Zahlung verurtheilt wird. — Regierungskommissar Mölle: Die Sache läge bei einer gerichtlichen Entscheidung für den Staat noch ungünstiger, als bei der Ritterakademie, und es würde eine Verurtheilung unbedingt erfolgen. — Abg. v. Carlowitz spricht gegen die Bewilligung, während der Regierungskommissar dieselbe verteidigt. — Abg. Dr. Eberty: Die Mittel gehören der Kirche und deshalb widerspricht die Allerh. Ordre dem Geseh von 1820 und ist zu verwerfen. — Abg. Richter (Berlin): Wir mögen aber bei den Stiftern denken, was wir wollen, wir werden nichtsdestoweniger die 6700 Thlr. bewilligen müssen, denn der Staat ist zu dieser Zahlung bis zum Jahre 1879 verpflichtet. Abg. Gr. Schwerin hebt denselben Gesichtspunkt hervor, und nachdem Gr. Reiff auf das Wort verzichtet, wird die Summe bewilligt. Bei der Position Wartegebäude für Civilbeamte bittet Abg. Dunder um Auskunft, ob der frühere Polizei-Direktor Stieber, der auf Wartegebäude gesetzt sei — wie das Gerücht gehe — als Organisator in den neuen Provinzen, namentlich in Hannover verwendet werden solle. Regierungskommissar Mölle entgegnet, daß im Finanzministerium nichts bekannt sei, wo die auf Wartegebäude stehenden Personen verwendet werden. Dann werden diese Positionen bis Kapitel V. Oberpräsidenten und Regierungskommissar genehmigt und die Sitzung um 1 Uhr 55 Minuten auf Montag 1½ Uhr vertagt, wo der Gesetzentwurf über die Grundsteuer zur Schlußberatung gelangen wird. Die Vorberatungen des Etats werden Dienstag 10 Uhr fortgesetzt, wo der Etat für das Finanz- und Handels-Ministerium zur Beratung gelangen soll.

Aus Holstein, 23. November. Der Durchbruch einer besseren Stimmung gegen die bisher in Holstein vorherrschend gewesene schlaffe und schmollende, die es doch zu keiner thätigen Gegenwirkung mehr bringen konnte, geht sich bis jetzt in verschiedenen Anzeichen kund. Namentlich rechnen wir dahin die allmählig auf weitere Kreise sich ausdehnende Vorbereitung zu den Wahlen für den norddeutschen Reichstag und die freundliche Annäherung, welche dem preussischen Militär zu Theil wird. Was jene Vorbereitung betrifft, so sind schon in mehreren kleinen Versammlungen die Reichstagswahlen besprochen worden, und ließen sich namentlich in einer derselben, in Altona, Stimmen vernehmen, welche das von Augustenburgern der verstockteren Gattung angerathene Nichtwählen entschieden mißbilligten und offen erklärten, daß Europa auch ohne die Augustenburger glücklich werden könne, und daß es Zeit sei, mitzurathen, wenn man eben nicht bloß Alles über sich ergehen lassen wolle. Eine umfassendere Thätigkeit für den Gegenstand hat der allgemeine deutsche Arbeiterverein, der dem, wofür man sich bis vor Kurzem in Holstein vorzugsweise begeisterte, größtentheils mit einer gewissen Berachtung gegenüber steht, zunächst in Altona in die Hände genommen. Die Annäherung an die Preußen, die auch sonst trotz aller Interdikte vielfach zu Tage tritt, hat sich am An-

fang dieser Woche in unerwarteter Woche bei dem starken Besuche zweier Konzerte, welche von dem Musikkorps der Besatzungstruppen gegeben wurden, und in dem reichen Beifall, der den Leistungen zu Theil ward, gezeigt. Der natürliche gesunde Sinn kommt immer mehr in Holstein in Bezug auf diese neuen Landsteuere zum Durchbruch, und es zeigt sich, daß der Preußenhaß ein künstliches Erzeugniß der Augustenburgerischen Presse war. Im Schleswigschen war die Lage der Preußen von Anfang an eine freundlichere, weil man in ihnen eine Stütze sah.

Der schon erwähnte „Verein von 1866“ in Schleswig, der in der Richtung arbeitet, die thätige Theilnahme an der Politik wieder anzufachen und in die richtige Bahn zu lenken, versucht, seiner Aufgabe in ziemlich großartiger Weise zu genügen. Der Gründer desselben, Advokat Johannsen, kündigt in den dortigen „Nachrichten“ an, daß eine Reihe Vorlesungen nicht bloß von innerstädtischen Gelehrten, sondern auch von auswärtigen namhaften Männern u. A. von den Professoren Treitschke in Kiel, Claffen und Megidi in Hamburg, und dem Gymnasiallehrer Wallisch in Flensburg, während dieses Winters gehalten werden sollen, und daß der Leptgenannte übermorgen mit dem Vortrage über die Entwicklung des preussischen Staates beginnen wird.

Die Adresse gegen die Theilung Schleswigs hat in der Stadt Schleswig gegen 600 Unterschriften selbstständiger anständiger Männer gefunden und ist bereits nach Berlin abgeschickt.

Ausland.

Wien, 23. November. Grazer Briefen zufolge soll sich H. M. Benedek direkt an den Kaiser mit der Bitte gewendet haben, daß ihm gestattet werde, die schweren Vorwürfe, welche der ihm untergeben gewesene General Graf Clam-Gallas gegen ihn erhoben hat, durch Veröffentlichung eines Theiles des amtlichen Operations-Journals zu widerlegen. — Ein österreichischer Kriegsdampfer ist nach Civitavecchia abgegangen. Das „Neue Fremdenblatt“ erzählt, daß diese Sendung eine politische Bedeutung nicht habe, wenigstens nicht insofern, als etwa die Meinung daran geknüpft würde, daß das Schiff zur etwaigen Ausnahme des Papstes bestimmt sei. Dasselbe ist zur Disposition des österreichischen Votschafters und der österreichischen Nationalen gestellt worden für den Fall ausbrechender Unruhen.

Haag, 22. November. In der Festung Bergenop-Zoom ist vor einigen Tagen eine Weisung des Kriegsministers eingetroffen, sofort zur Schleifung der dortigen Festungswerke zu schreiten. Dem Vernehmen nach, ist der gleiche Beschluß in Betreff der Festungen Maastricht, Venloo, Bliedingen und Fort Bath gefaßt.

Florenz, 22. November. Der König ist am 21. Nachmittags 1 Uhr in Begleitung der Prinzen von Venedig hierher zurückgekehrt; am Bahnhofe empfingen ihn die Spitzen der Behörden. Die Truppen, die Nationalgarde und das Volk begrüßte den König mit lauten Jubelrufen. Die Straßen waren besetzt und am Abend fand eine glänzende Illumination statt.

Madrid, 22. November. Das Schreckenssystem in Spanien nimmt großartige Verhältnisse an. Es ist jetzt sogar ein Franzose, Herr Werner Marquis d'Isidore, des Morgens um 3 verhaftet worden. Der Herzog von Miraflores, das Haupt des spanischen Adels, warf sich der Königin zu Füßen, um von ihr zu erbitten, daß sie der Wuth der Reaktion Einhalt thue. Die Königin antwortete aber: „Was liegt daran, wenn mein Leib zu Grunde geht; wenn nur meine Seele gerettet wird.“

Toronto (Canada), 8. November. Der Fenter John Sleevy ist zum Tode verurtheilt, und die Hinrichtung auf den 13. Dezember festgesetzt worden. Margreth wurde freigesprochen. Die Regierung hat beschlossen, das Todesurtheil gegen Lynch und Mac Mahon in eine andere Strafe umzuwandeln.

Pommern.

Stettin, 26. November. In der am 22. d. M. in Berlin abgehaltenen General-Verammlung des Gesamtvorstandes der „Preussischen Invalidenfürsorge“ ist dem Konful D. N. S. die Organisation dieses Vereins für Pommern übertragen worden. (Näheres morgen!)

Am Sonnabend traf die Besatzung des an der russischen Küste gestrandeten englischen Schiffes Legatus, Kapitän Read, hier an und lehrte im Gasthose der Wittwe Beder, Baumstraße, ein, wo sie ihre geretteten Schiffskisten auf dem Hausflur aufstellte. Am Abend waren zwei von diesen Schiffskisten gestohlen.

Dem Kahnschiffer Stein ist durch den berüchtigten vielfach bestrafte Arbeiter Mundt mittelst gewaltsamen Erbrensens eines Spindes in der Kajüte die Summe von 65 Thlr. gestohlen. Der Dieb hat sich für 28 Thlr. 10 Sgr. Kleidungsstücke gekauft und den größten Theil des Restes inzwischen schon anderweitig vergebend.

Bei der heutigen Wahl von 3. Stadtverordneten für die 2. Abtheilung des 1. Wahlbezirks waren von 454 Wahlberechtigten 125 erschienen. Gewählt wurden: Hr. Dr. Wismann mit 92, Hr. Dr. Amelung mit 73 und Hr. de la Barre mit 68 Stimmen. Herr Dr. Wald erhielt 64, Hr. Direktor Kleinforge 52, Hr. Pfeil 24, Hr. Dr. Wasserfuhr 1 und Hr. Münch 1 Stimme.

Am Sonnabend Abend taumelte ein betrunkenen Arbeiter in die Oder wurde aber sofort wieder herausgezogen und zum 3. Polizei-Revier-Bureau gebracht, von wo der anwesende Polizeikommissarius den von Wasser triefenden Menschen per Droschke in seine Wohnung nach Grünhof befördern ließ.

Gestern Nachmittag ist endlich die Leiche des in der Nacht vom 11. zum 12. d. M. im Dammschen See ertrunkenen Fischers Dettmann von Fischern aus Bergland beim Aalstechen aufgefunden und zu seiner Wittve nach Stettin gebracht worden.

Der Bauer Brunak aus Karlsbach kam am Sonnabend mit seiner Tochter hier zu Markt, um Gänse zu verkaufen. Er kaufte von der ihm bekannten Kleinhändlerin Schmidt am Bollwerk einen Pelz und sprach mit derselben über seine Verhältnisse, namentlich auch über die von seiner Tochter in der Frauenstraße feil gehaltenen Gänse. Ein Schwindler, der diesem Gespräch zugehört, benutzte dies, begab sich zu der Tochter und gelang es ihm, von derselben, unter dem Vorgeben, daß er vom dem Vater geschickt sei, um für die Frau Schmidt eine Gans zu holen, eine solche zu erkaufen.

Am Sonnabend Abend wurde dem Kaufmann Stein, Oderstraße, ein Faß Butter gestohlen. Dem Dieb scheint dasselbe aber zu schwer geworden sein; er übergab es einem Arbeiter zur

Beaussichtigung, während er ein Fuhrwerk beschaffen wollte, ist aber nicht wieder gekommen und der Besohlene ist dann später wieder in den Besitz seines Eigenthums gelangt.

Von einem Oberfahn am Kartoffel-Bollwerk wurden gestern Abend mehrere Stücke Betten gestohlen.

Dieferestraste No. 46 in Gradow sind ebenfalls am 19. d. Mts. Abends zwischen 9 und 11 Uhr mehrere Bettstücke im Werthe von 9 Thlr. gestohlen worden.

Stargard, 26. November. Zu der bevorstehenden Bürgermeistervahl haben sich außer dem Herrn Beigeordneten, Stadtbaurath Hinzpeter, auch noch kurz vor Schluß des Termins die Herren Kreisgerichtsrath Schüler und Syndikus Pehlemann gemeldet. In der ersten Besprechung der zum Zwecke der Vorbereitung dieser Wahl bestellten Kommission soll an dem Grundsatz, nur einen dreifach examinirten Juristen zu wählen, festgehalten worden sein. Da es indeß zweifelhaft sein dürfte, ob auch die Stadtverordneten-Versammlung diesem Grundsatz unbedingt huldigt, so soll der erstgenannte Herr die Zurücknahme seiner Meldung, wie vielfach erwartet wurde, keineswegs beabsichtigen.

Stadt-Theater.

Stettin, 26. November. Als „Deborah“ in Rosenthals gleichnamigem Volkschauspiel erschien am vergangenen Sonnabend auf unserer Bühne die Großherzoglich Mecklenburgische Hofchauspielerin Frau Bethge-Truhn und gewann durch die meisterhafte Wiedergabe der ergreifenden Rolle, wie im Sturme die allseitige und ungetheilte Gunst des anwesenden Publikums. Sie repräsentirte in wahrhaft künstlerisch-harmonischer Weise die in ihrer Liebe wie in ihrem Hass und Rachedurst mit echt orientalischer Bluth sich verzehrende und schließlich durch die bezwingende Macht des ihr und ihren Stammesgenossen widerstehenden christlichen Erbarmens verhöhte und entfangende „Jüdin.“ Wir bedauern, durch den Mangel an Raum gezwungen zu sein, ein näheres Eingehen auf die vorzügliche Leistung der geschätzten Künstlerin uns versagen zu müssen, und registriren nur noch, daß die allgemeine Theilnahme des Publikums an ihrem Spiel nicht nur durch die allseitigen lauten Beifallsbezeugungen am Schluß eines jeden Actes, sondern auch durch die weisevolle, — wir sind versucht zu sagen, andachtsvolle — Stille und Aufmerksamkeit, mit welcher man die Darstellung in ihren einzelnen Momenten überall verfolgte, bekundet wurde. — Der Theater-Direktion aber gebührt auch bei dieser Veranlassung die vollste Anerkennung für ihr abermals bewiesenes Bestreben, dem Publikum durch das Heranziehen derartiger Kräfte neue und dankenswerthe Anregung zu geben. — Die sonst Mitwirkenden waren sichtlich bestrebt, den Leistungen der Hauptdarstellerin nach Kräften nachzukommen. Hervorzuheben sind die Herren Buchholz und Bethge („Joseph“ und „Schulmeister“) und Fr. Wärtens, welche als Nichtes des Ortsrichters ein freundlich-sinniges Spiel entfaltete.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 24. November. Das gestern hier verbreitete Gerücht einer neuen Kontributions-Forderung von 342,000 fl. an Frankfurt a. M. ist vollständig unbegründet.

Dresden, 24. November. Der Direktor im Ministerium des Innern, Wirkl. Geh. Rath Kohlschütter, ist gestorben.

Weimar, 24. November, Nachmittags. Die „Weimarsche Zeitung“ bestätigt es, daß die Konferenzen wegen der norddeutschen Bundesverfassung am 15. Dezember beginnen, daß die Wahlen in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden werden und daß der Reichstag am 1. Februar eröffnet werden soll.

Westh, 24. November, Nachmittags. Heute hat bei Deal eine Konferenz von Landtagsmitgliedern anläßlich des königlichen Reskripts stattgefunden. Deal bemerkte, das Reskript lasse vom Gesichtspunkte der Rechtskontinuität viel mehr hoffen; er beantrage daher, eine Adresse an den König zu erlassen, in welcher die Bitte ausgesprochen werde, die betreffenden Gesetze wiederherzustellen; das Haus werde seinerseits nicht verabsäumen, die Wünsche des Königs in Betracht zu ziehen. Außerdem sprach sich Deal dahin aus, daß die Kommission für gemeinsame Angelegenheiten ihre Arbeiten fortsetzen und dem Hause unterbreiten müsse. Der Antrag Deal's wurde angenommen.

Triest, 24. November, Nachm. Wie die heutige „Trierster Zeitung“ meldet, ist der Zustand der Kaiserin von Mexiko unverändert. Die Nachricht von einem beginnenden Brustleiden der Kaiserin ist unbegründet. Zu Ende des Monats soll eine größere ärztliche Konsultation stattfinden. Die Ankunft des Kaisers Maximilian wird im Dezember erwartet.

Paris, 25. November. Der heutige „Moniteur“ schreibt: Der Ablauf des englisch-französischen Auslieferungsvertrages vom Jahre 1843, dessen Stipulationen mit dem 4. Dezember d. J. außer Kraft treten würden, ist bis zu Anfang September 1867 verlagert worden.

Marseille, 24. November. Aus Rom wird vom 22. d. Mts. gemeldet, daß Unterhandlungen über die Besetzung der vakanten Bisthümer in Italien in Aussicht stehen. Außerdem wird bestätigt, daß demnächst eine Zusammenberufung der Bischöfe der katholischen Christenheit zum 29. Juni nächsten Jahres erfolgen soll.

London, 24. November. „Reuter's Office“ meldet: Newyork, 14. November. Wie verlautet, wird der Sekretär des Schatzes beim Kongreß auf eine baldige Wiederaufnahme der Baarzahlungen dringen. — General Sherman und der Minister Campbell sind Sonnabend nach Vera-Cruz abgereist. — General Ortega und seine Begleitung sind in Brazo de Santiago verhaftet worden. — Der Dampfer „Australasian“ bringt eine Baarschatz von 162,500 Dollars.

Petersburg, 24. November, Abends. Das „Journal de St. Petersbourg“ schreibt: Seit dem Sturze des Fürsten Kusa hat sich Rußland auf den Boden der Verträge von 1856 und 1859 gestellt, indem es für die Berücksichtigung der in loyaler Weise geäußerten Wünsche der Molbau-Walachen innerhalb der Grenze jener Verträge stimmt. Die Thatfachen haben diese Grenzlinie überschritten. Da indeß die Türkei in dieser Beziehung resignirt hatte, so erwartete Rußland nur den Erfolg der betreffenden Verhandlungen. Der Sultan hat den Prinzen von Hohenzollern als erblichen Souverain anerkannt, die europäischen Mächte haben die im Gegensaß zu den Verträgen vollzogenen Thatfachen sanktionirt. Hieraus ist Rußland das Recht erwachsen, von nun an nur die traditionellen Sympathieen, die es gegen seine Glaubensgenossen hegt, in Be-

tracht zu ziehen. Die Abstammung und die ersten Handlungen des Prinzen Hohenzollern nehmen zu seinen Gunsten ein. Indem Rußland jeden anderen Beweggrund für seine weitere Handlungsweise zurückweist, giebt es weder seine Würde noch seine Interessen Preis und sucht nur mit den anderen Mächten die Beziehungen der Freundschaft zu pflegen, auf deren Gegenseitigkeit es rechnen kann.

Petersburg, 25. November. Aus Konstantinopel sind Nachrichten vom 20. d. M. eingelaufen, nach welchen die Mittheilungen verschiedener Journale über eine beabsichtigte Vereinigung der griechischen Kirche mit der römisch-katholischen für unbegründet erklärt werden; ebenso wenig bestätigt sich die Nachricht von einer Note der Großmächte in Betreff des Hart-Humayum.

Fünf Bataillone sind von Alexandrien nach Kandia expedirt worden.

Bukarest, 23. November, Abends. Die Kammern werden am nächsten Dienstag eröffnet werden. — Wie man erfährt, haben bei dem Empfang des Fürsten Karl auf der Reise durch die Provinzen, namentlich die bessarabischen Distrikte sich ausgezeichnet, um durch glänzende Ovationen ihre Anhänglichkeit an den Fürsten und an Rumänien zu manifestiren.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Westh, 25. November, Nachmittags. In einer heute abgehaltenen Sitzung beschloß die Linke, an den Beratungen der Siebenundschziger-Kommission nicht Theil zu nehmen, so lange kein verantwortliches Ministerium ernannt sei.

Triest, 25. November. Mit der Ueberlandpost sind Nachrichten aus Kalkutta vom 19. Oktober eingegangen, nach welchen die Revolution in Birma beendet ist. Ein Kommissar der britischen Regierung wird sich wiederum dorthin begeben. Man erwartet den Abschluß eines neuen Vertrages zwischen der britischen und birmanischen Regierung.

Nachrichten aus Korfu vom 24. d. Mts., welche aus griechischer Quelle stammen, melden ein siegreiches Gefecht, welches die Insurgenten unter Führung von Coroneos bestanden haben, die Türken sollen an Todten und Verwundeten 3000, an Gefangenen 2000 Mann verloren haben. Auch bei Aschyphos haben die Insurgenten einen Sieg erfochten. Ferner wird die Abberufung von Mustapha-Pascha und dessen Ersetzung durch Omer-Pascha gemeldet. — Der Dampfer „Panhellenion“ hat abermals Freiwillige von Patras gebracht.

Paris, 25. November, Vormittags. Glaubwürdig wird berichtet, der Kaiser habe seiner Umgebung mitgetheilt, daß die Kaiserin trotz mehrfach ausgesprochener Bedenken der Minister entschlossen sei, nach Rom zu reisen. Sie würde daselbst 14 bis 20 Tage verweilen und dann Florenz besuchen. Zweck der Reise sollte die Ausöhnung des heiligen Stuhles mit Italien sein. Die Kaiserl. Yacht „l'Aigle“ wird reisefertig gemacht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. November. Witterung: regnigt. Temperatur: + 4° R. Barometer: 27" 7/10. Wind SW.

An der Börse. Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Pfd. gelber 81—85 R., 83—85 Pfd. gelber November 84 1/2, 1/2 R. bez. u. Bd., November-Dezember 83 1/2 bez., Frühjahr 85, 85 1/2 R. bez. Roggen anfangs steigend, Schluß matt, pr. 2000 Pfd. loco 56—58, November 57 1/2, 58 1/2, 58 R. bez., November-Dezember 55 1/2, 56 1/2, 1/2 R. bez., Frühjahr 54 1/2, 1/2 R. bez., 54 1/2 Br. u. Bd. Gerste loco pr. 70 Pfd. märker 49 R. bez., Cistrierer 71 Pfd. Garantie 49 R. bez. Hafer loco pr. 50 Pfd. 28 1/2—29 R. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 31 R. bez.

Erbisen ohne Umsatz. Rüböl wenig verändert, loco 12 1/2, 1/2 R. bez., November 12 1/2, 1/2 R. bez., 1/2 Br., 1/2 Bd., November-Dezember 12 R. Br., 11 1/2 Bd., April-Mai 12 1/2 R. bez. Spiritus fester, loco ohne Faß 16 1/2, 1/2 R. bez., November 16 1/2, 1/2 R. bez., 1/2 Bd. u. Br., November-Dezember und Dezember-Januar 16 1/2, 1/2 R. bez., Januar-Februar u. Februar-März 16 1/2, 1/2 R. bez., Frühjahr 16 1/2, 1/2 R. Br., 16 1/2 Bd.

Angemeldet: 200 Wpfl. Roggen, 30,000 Quart Spiritus. **Berlin, 26. November, 1 Uhr 50 Min. Nachmittags.** Staats-Schuldscheine 85 bez. Staats-Anleihe 4 1/2, 0/10, 98 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 128 Bd. Stargard-Polener Eisenbahn-Aktien 93 1/2 bez. Dessler. National-Anleihe 52 1/2 bez. Pomm. Pfandbriefe 90 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 173 bez. Amerikaner 6 1/2, 76 1/2 bez. Roggen November 58 bez., 57 1/2, R. bez., November-Dezember 58, 57 bez., Frühjahr 55 1/2, 55 1/2 bez. Rüböl loco 12 1/2 Br., November 12 1/2, 1/2, 1/2 bez., November-Dezember 12 1/2, 1/2, 1/2 bez., April-Mai 12 1/2, 1/2 bez. Spiritus loco 17 1/2, 1/2 bez., November 17 1/2, 1/2, 1/2 bez., November-Dezember 16 1/2, 1/2, 1/2 bez., April-Mai 17 1/2, 1/2, 1/2 bez.

Stettin, den 26. November.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	—
"	2 Mt.	—	ban-Obligat.	5
Hamburg	... 6	Tag.	151 1/2 bz	Ued. - Wollin.	—
"	... 2	Mt.	150 1/2 G	Kreis-Oblig.	5
Amsterdam	... 8	Tag.	143 1/2 B	St. Str.-V.-A.	4
"	... 2	Mt.	142 1/2 B	Pr. Nat.-V.-A.	4
London	... 10	Tag.	6 23 1/2 B	Pr. Sec.-Assec.	—
"	... 3	Mt.	6 21 1/2 B	Comp.-Act.	4
Paris	... 10	Tg.	80 1/4 bz	Pomerania	4 110 B
"	... 2	Mt.	—	Union	4 101 G
Bordeaux	... 10	Tg.	—	St. Speich.-Act.	5
"	... 2	Mt.	—	V.-Speich.-A.	5
Bremen	... 8	Tag.	—	Pomm. Prov.	—
"	... 3	Mt.	—	Zuckers.-Act.	5 700 B
St. Petersburg	... 3	Wch.	88 1/4 G	N. St. Zucker-	—
Wien	... 8	Tag.	—	Sieder.-Actien	4
"	... 2	Mt.	—	Mesch. Zucker-	—
Preuss. Bank	4 1/2		Lomb. 5 %	Fabrik-Anth.	4
Sta.-Anl. 54 57	4 1/2		—	Bredower	4
"	5		—	Walzmühl.-A.	5
St.-Schldsch.	3 1/2		—	St. Portl.-Cem.	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2		—	Fabrik	4
Pomm.-Pfdbr.	3 1/2		—	Stett. Dampf	—
"	4		—	Schlepp-Ges.	5
"	4		—	Stett. Dampf-	—
Renteb.	4		—	schiffs-Verein	5
Ritt. P.P.B.A.	—		—	N. Dampfer-C	4 92 B
à 500 Rtl.	—		—	Germania	4 100 B
Berl.-St. Eis-	4		—	Vulkan	4
Act. Lt. A. B.	4		—	Stett. Dampf-	—
"	4		—	mühlen-Ges.	4 100 bz
"	4 1/2		—	Pommerend.	—
Starg.-P. E.A.	4 1/2		—	Chem. Fabrik	4
"	4		—	Chem. Fb.-Ant.	4
Stett. Stdt.-O.	4 1/2		—	Stettin. Kraft-	—
Stett. Börsch.	—		—	Dünger-F.-A.	—
Obligationen	4		—	Gemeinnützige	—
St. Schausp.	—		—	Bauges.-Anth.	5
Obligationen	5		—		—